



*Hitlers »Mein Kampf«.
Von den Zeitgenossen nicht ernstgenommene programmatische Grundlage
der NSDAP*

Gründer die sozialdemokratischen Politiker Hörsing und Höltermann.

1. April Hitler zu 5 Jahren Festung verurteilt. Während der Haft in Landsberg entsteht der erste Band des Bekenntnisbuches »Mein Kampf«.

20. Dez. Hitler amnestiert.

1925

2. Febr. Neugründung der NSDAP, die am 23. 11. 1923 verboten worden war.

28. Febr. Tod des Reichspräsidenten Ebert.

29. März Erster Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl: Jarres (Kandidat des »Reichsblocks« der Rechtsparteien) 10,4 Mill., Braun (Kandidat der SPD) 7,8 Mill., Marx (Kandidat des Zentrums) 3,9 Mill., Thälmann, Vorsitzender der KPD 1,8 Mill., Hellpach (Kandidat der Demokraten) 1,5 Mill. Stimmen. Weitere Kandidaten der bayerische Ministerpräsident Held (BVP) und General Ludendorff.

26. April Zweiter Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl: von Hindenburg (Kandidat des »Reichsblocks« = DNVP, DVP, BVP und Bayer. Bauernbund) 14,7 Mill., Marx (Kandidat des »Volksblocks«

= SPD, Zentrum u. Demokraten) 13,8 Mill., Thälmann 1,9 Mill. Stimmen. Hindenburg tritt sein Amt am 12. 5. an.

31. Juli Räumung des Ruhrgebiets beendet.

5.-16. Okt. Konferenz von Locarno: Rheinpakt zwischen Deutschland, Frankreich, England, Belgien und Italien, der die Unverletzbarkeit der Grenzen zwischen Deutschland und Frankreich sowie Belgien garantiert, unwiderruflicher Verzicht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen und Eupen-Malmédy. (Deutsche Vertreter Reichskanzler Luther und Reichsaußenminister Stresemann.) Locarnovertäge werden im Reichstag am 3. 11. mit 291 gegen 174 Stimmen angenommen (Gegner vor allem die Rechtsparteien).

29. Nov. Abschluß der Aufwertungsgesetzgebung (Wiederaufbau der Wirtschaft, Eindringen ausländischen Kapitals).

1926

31. Jan. Räumung der ersten besetzten Rheinland-Zone (Köln).

27. März Aufhebung des Staatsgerichtshofes zum Schutz der Republik.

10. Sept. Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

1927

13. Mai »Schwarzer Freitag« an den deutschen Börsen.

1928

28. Juni Bildung des Kabinetts Müller als Große Koalition mit Mitgliedern der SPD, DVP, DDP, BVP und des Zentrums.

27. Aug. Unterzeichnung des Kellogg-Paktes in Paris durch 15 Nationen, denen sich später 45 weitere (darunter UdSSR) anschließen. Nach dem diesem Vertrag zugrundeliegenden Plan Kelloggs (Amerik. Staatssekretär des Äußeren) sollte künftig der Angriffskrieg geächtet sein und intern Streitigkeiten im Wege der Schiedsgerichtsbarkeit beigelegt werden. Beitritt Deutschlands 25. 7. 29.

1929

11. Febr. Zusammentritt des Young-Ausschusses in Paris (benannt nach dem amerik. Wirtschaftler Young), Deutschland soll jährlich durchschnittlich 2 Milliarden auf 37 Jahre zahlen. Uneinigkeiten der Vertragspartner über Aufteilung führte zu weiteren Verhandlungen im Haag (6.-31. 8.), seit September in Kraft, ergänzt durch 2. Haager Konferenz (Jan. 1930).

6. Mai Verbot des Roten Frontkämpferbundes, der im Juli 1924 als Wehrverband der KPD gegründet worden war. Mitgl.: Arbeiter über 23 Jahre, für 16-23jährige: Rote Jungfront. Beide Organisationen hatten 215 000 Mitglieder. Nach dem Verbot illegale Weiterarbeit.

14. Juni Preußisches Konkordat.

27. Juni Reichstag lehnt nochmalige Verlängerung des Republikenschutzgesetzes ab.

3. Okt. Tod Stresemanns.

28. Okt. Börsenkrach in New York: Ausbruch der Weltwirtschaftskrise.

3. Nov. Das Volksbegehren der »Nationalen Einheitsfront« Hugenburgs und Hitlers gegen den Young-Plan erreicht die nötige Mindeststimmenzahl. Der Volksentscheid scheidet aber am 22. 12. 1929.



*»Schwarzer Freitag« in New York.
Ausbruch der Weltwirtschaftskrise*

30. Nov. Räumung der 2. Rheinlandzone (Koblenz).

21. Dez. Hilferding tritt als Reichsfinanzminister zurück, die Zahl der Arbeitslosen wächst enorm und damit die Ausgaben für Sozialleistungen, während das Steueraufkommen zurückgeht. Starke Meinungsverschiedenheiten über grundsätzliche finanz- und sozialpolitische Fragen führen zu schwerer Krise.

1930

3.-20. Jan. 2. Haager Reparationskonferenz: 115 Milliarden Goldmark in 59 Jahresraten hat Deutschland zu zahlen.

7. März Schacht tritt als Präsident der Reichsbank zurück. Nachfolger Luther.

18. März Annahme eines neuen Republikschutzgesetzes (Gültig-

keitsdauer: 25. 3. 30 – 31. 12. 32,
durch Notverordnung des Reichs-
präsidenten am 19. 12. 32 außer
Kraft gesetzt).

27. März Rücktritt des Kabinetts
Müller. Ende der Großen Koalition.

30. März Bürgerliches Präsidial-
kabinettt Brüning.

5. Mai Denkschrift Briands über
die Organisation eines europäi-
schen Staatenbundes.

3. Juni Räumung der 3. und letz-
ten Zone des Rheinlandes.

3. Juli Gründung der »Kampfge-
meinschaft revolutionärer National-
sozialisten« (Schwarze Front) durch
Otto Strasser, (zunächst Sozialde-
mokrat, während des Kapp-Put-
sches Führer einer sozialdem. Hun-
dertschaft, kam 1925 durch seinen
Bruder Gregor zur NSDAP).

23. Juli Gründung der Konserva-
tiven Volkspartei.

27. Juli Gründung der Deutschen
Staatspartei (frühere Demokraten).

14. Sept. Reichstagswahlen zum 5.
Reichstag: SPD 143 Mandate (Ver-
lust 10), NSDAP 107 (Gewinn 95),
DNVP 41 (Verlust 32), KPD 77 (Ge-
winn 23), Zentrum 68 (Verlust 6).

1931

28. März Notverordnung zur Be-
kämpfung politischer Ausschreitun-
gen.

5. Juni Notverordnung zur Siche-
rung der Finanzen.

20. Juni Hoover-Plan: Einjähriges
Schuldenmoratorium für alle
öffentlichen internationalen Ver-
pflichtungen.

13. Juli Zusammenbruch der Da-
nat-Bank mit anschließendem
allgemeinen Bankenkrach, wirt-
schaftlichen Notverordnungen,
Kürzung der Arbeitslosenunterstüt-
zung.

11. Okt. Harzburger Tagung der
»Nationalen Opposition«: Nationa-
listen, Deutschnationale und Stahl-
helm.

16. Dez. SPD, die Gewerkschaften
und das Reichsbanner Schwarz-
Rot-Gold schließen sich zur »Eiser-
nen Front« gegen die Harzburger
bzw. »Nationale Front« zusammen,
Bildung der »Schutzformationen«
(Schufo) gegen die »Sturmabteilun-
gen« (SA) der NSDAP. (»Eiserne
Front« hat 1932 3,5 Mill. Mitglie-
der.)

1932

2. Febr. Eröffnung der Abrü-
stungskonferenz, an der 51 Staaten



NS-Wahlplakat 1932

teilnehmen, in Genf. Deutschland fordert u.a. nach der eigenen Entwaffnung die allgemeine Abrüstung. Die Konferenz geht ergebnislos auseinander.

13. März 1. Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl: Hindenburg kandidiert als Kandidat der Mitte und der SPD und erhält 18,65 Mill. Stimmen (= 49,6%), Hitler 11,34 Mill., Thälmann 4,98 Mill., Düsterberg (Stahlhelm) 2,55 Mill., Winter (Inflations-Geschädigte) 0,1 Mill.

10. April 2. Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl: Hindenburg 19,36 Mill., (= 53%), Hitler 13,42 Mill., Thälmann 3,71 Mill. Stimmen.

13. April Die Notverordnung »zur Sicherung der Staatsautorität« verbietet SA und SS. (Reichskanzler von Papen hebt am 14. 6. 1932 das Verbot auf.)

3. Mai Alle militärähnlichen Verbände werden der Reichsaufsicht unterstellt.

12. Mai Groener tritt als Reichswehrminister zurück. Nachfolger General von Schleicher.

30. Mai Rücktritt Brüning's. Das Vertrauensverhältnis zwischen dem Kanzler und dem Reichspräsidenten war zerstört, dem Reichspräsidenten schwebte eine rechtsgerichtete Kabinettsführung vor.

1. Juni Ernennung von Papens zum Reichskanzler.

16. Juni Beginn der bis zum 9.7. tagenden Lausanner Reparationskonferenz: deutsche Schlußzahlung von 3 Milliarden Mark.

20. Juli Absetzung der preußischen Regierung Braun (Papens »Preußenschlag«).

31. Juli Wahlen zum 6. Reichstag: NSDAP 230 Mandate (Gewinn 123), SPD 133 (Verlust 10), KPD 89 (Gewinn 12), Zentrum 75 (Gewinn 7), DNVP 37 (Verlust 4), BVP 22 (Gewinn 3), DVP 7 (Verlust 23), Wirtschaftspartei 2 (Verlust 21), Dt. Staatspartei 4 (Verlust 16), Christl.-Soz. Volksdienst 3 (Verlust 11).